

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Montag

17
Februar

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zwei-Geschäftsstellen in Dettlich (Otto Eitene), Marktstraße 9 und Eltville (H. Fabian Witten, Ecke Gutenberg- und Launusstraße).
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Senke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eitene. Druck: für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Nr. 41 — 1919

37. Jahrgang

Der unbegrenzte Wucher

* Wir haben während des Krieges schwer unter dem Wucher gelitten. Als das große Streiten anhub, gab es von Remel bis Roustan, von Emmerich bis Passau kaum jemanden, der davon dachte, die Not der Zeit in Geld oder in Papiergeld umzumünzen. Stadt und Land ganz reichlich für die notwendigen Teile unseres Volkes, bare Bezahlung wurde verächtlich zurückgewiesen. Man dachte an das Wort der armen mächtigen Bauern, die für ihren Kürschner Hut und Blut dahingaben. Die Organisationen der Landwirtschaft unterbreiteten der Regierung Vorschläge, um ein Steigen der Getreide- und Viehpreise zu verhindern, große industrielle Firmen, wie Krupp, verzichteten auf jeden Reingewinn, sie wollten der Nation ein gutes Beispiel geben. So war es im ersten Jahre des Krieges. Dann begann der Wucher seinen Gang zu halten. Und es dauerte gar nicht lange, bis jeder Idealismus verloren war. An die Stelle des Heldengeistes trat der Händlergeist, an die Stelle der persönlichen Aufopferung allerhöchster Materialismus. Verächtlich Euch! Das war das Lösungswort für alle Stände und Klassen geworden. Hunderte von großen Unternehmungen wirtschafteten in einem Jahre ihr ganzes Aktienkapital heraus. Ein Alibi sagte sich dem andern an. Der produzierte, wer etwas zu handeln hatte, machte Riesengeschäfte. Der beste Käufer war der Vater Staat. Immer größere Geschäfte und Munitionsmengen, immer mehr Kriegsmaterial wurde von den Fronten verlangt. Die Hauptfrage war, daß produziert wurde. Der Preis spielte keine Rolle. Zu jedem Preise wurden von den Kriegshierarchen Arbeiter gezwungen, jeder Preis wurde für die vorhandenen Waren gezahlt. So trat eine sprunghafte Entwicklung ein, die infolge der Warenknappheit von Monat zu Monat kritischer wurde. Das schlimmste von allem war der hundertfache Preissteigerungsindex, der seine Zelte aufschlugen konnte, weil Warenknappheit und niedrige Höchstpreise gute Voraussetzungen boten. Die jedem Haushalt zugeteilten Vorratsmengen reichten nicht hin; jeder einzelne wurde auf den Weg des „Samstags“ verwiesen. Da war die Möglichkeit gegeben, für Fleisch und Fett, für Butter und Mehl, für verschiedene Gemüsesorten zu fordern. Wir schufen ein Kriegswunderland, doch der Wucher blühte kräftiger als zuvor. Während alle Organisationen verlangten, machte die Organisation des Schleichhandels riesige Fortschritte. Wenn schließlich die Sozialdemokratie es zur Revolution reiten konnte, so bot sich in dem Wucher der beste Agitationsstoff. Entbehrungen und Ausbeutung hatten die breiten Massen innerlich zermürbt.

Schwer haben wir unter dem Wucher gelitten, schwerer leiden wir heute unter ihm. Es war tödlich, am Tage der Revolution von mehr Brot und mehr Fleisch zu sprechen. Wir hatten ein faktisch Haus gebaut, das nun zum Einsturz gebracht wurde. Inseer ganze Lebensmittelversorgung beruhte auf dem militärischen System. So lange Landrat und Gendarm über die notwendigen Nachmittels verfügten, konnten sie Lebensmittel beschaffen. Als jedoch der „Tag der Freiheit“ anbrach, war es mit der Herrschaft des Landrats und des Gendarmen zu Ende. Vor drei Wochen hat das landwirtschaftliche Erzeugnis zum ersten Mal im Krieg die Befreiung von Butter in Berlin beantragt. So wird es allerwärts kommen. Die Gesetze mit ihren harten Bestimmungen bestehen nicht mehr. Früher floh viel in die Kanäle der schmutzigen Schleichhändler, heute so ziemlich alles. Während des Krieges konnte man schlennen und drassen, wenn man über die notwendigen Beziehungen verfügte. Heute bedarf es dieser Beziehungen nicht mehr. Man kann Fett und Fleisch, Butter und Mehl, Zucker und Kaffee bekommen, soviel das Herz begehrt. Früher war der Wucher heimlich und begrenzt, heute hebbter offen und unbegrenzt sein Haupt. Zu Duffenden fliegen die Offerten in die Häuser: Mehl zu 5 Mark das Pfund, Butter zu 28 Mark das Pfund, Wurst zu 20 Mark, wird in reichen Quantitäten angeboten. Offert werden alle Herrlichkeiten in den Läden zur Schau gestellt. Ja, es war schlimmer unter der früheren Regierung, schlimmer ist es jedoch seit dem Revolutionstag. Und wie suchen die Regierung wie die breiten Massen diesem Unheil zu wehren? Es werden einfach höhere Gehälter und Löhne gezahlt. Das bringt uns über die Katastrophe. Denn wenn man den Wucher durch höhere Löhne bekämpft, so treibt man den Teufel durch Besessenen aus. Schlimm war es im Krieg, schlimmer wurde es in den Zeiten nach der Revolution, am schlimmsten wird es in der Zukunft werden. Denn durch das Verlangen der Regierung und durch das Bergeuben ungeheurer Vorräte nähern wir uns mit Riesenschritten dem Tage des Hungers. In Wiesbaden werden keine Kartoffeln mehr verteilt, man verdröht und auf das wärmere Wetter, da die Zufuhren wieder einlegen. Die Volkshat hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Zu dem haatlich festgelegten Höchstpreise sind Kartoffeln in größerer Menge kaum mehr herbeizubekommen; dafür geht um so schwingender der Schleichhandel, der 40 und 50 Mark für den Zentner verlangt. Und nirgendwo sehen wir die Hüter des Gesetzes. Man läßt den Augen ihren Lauf. Die Worte von Frieden und

Eine Preisaufrage für die deutsche demokratische Partei

In den gegenwärtigen Tagen, in denen die Eltern ihrer schulpflichtigen Kinder zur Schule anmelden müssen, empfinden viele katholische Eltern, vor allem die aus dem übrigen Preußen nach Nassau emigrierten, den nassauischen Simultanunterricht als ungewissenhaft. Die demokratische Freiheit wird als Grundrecht der Revolution angesehen. Glaubens- und Gewissensfreiheit werden wohl mit Zustimmung aller Varietäten als unverletzliche Grundrechte der Bürger in die Reichsverfassung aufgenommen worden, und wie ein Dorn auf diese Glaubens- und Gewissensfreiheit hebt noch im Geleise der nassauische Simultanunterricht. Wir meinen nicht eine auf der freien Wahl der Eltern beruhende Simultanpflicht, sondern den im Widerspruch zu dem Willen katholischer Eltern und wohl auch vieler evangelischer Eltern bestehenden gerichtlichen Simultanunterricht als Grundrecht und System.

Katholische Eltern und wohl auch die meisten gläubigen protestantischen Eltern, wie sich aus der Tatsache ergibt, daß in dem größtenteils protestantischen Preußen die Konfessionsschule Nebenleistung ist, verlangen aus Erziehungsgründen die Konfessionsschule. Wir legen nicht die Auffassung, daß in den Simultanunterricht katholische Kinder mit Absicht in ihren religiösen Empfindungen verletzt werden, wir verlangen die Konfessionsschule, weil die religiöse Erziehung und Anleitung in der Simultanpflicht nicht ausreichend ist, wir verlangen die Konfessionsschule, weil Schule, Elternhaus, Kirche, Schulbibliothek, ferner die ganze Erziehungsumgebung eine pädagogische Einheit bilden müssen, wir verlangen die Konfessionsschule, weil bei den gegenwärtigen, die Kinder bedrohenden Gefahren das wirksamste Erziehungsmittel, die Religion, in seiner ganzen Auswirkung anzuwenden werden muß. Wir verlangen, daß der katholische Lehrer vor katholischen Kindern nicht, weil das Kind zur Erziehung des Beispiels dessen bedarf, der ihm als Autorität heiligt ist, und weil Herr Stadtschulrat Dr. August Müller, der Leiter des hiesigen Simultanunterrichts, selber sagt: „Der Glaube an objektive Darstellungen geschichtlich-politischer Geschehnisse ist ein Irrglaube. Mit Führung der Auffassung Anderer, ferner zu benehmen, ist das einseitig, was von den Darstellern verlangt werden kann und darf. Eine Beschränkung auf die Darstellung der „nassen Tatsachen“ nähme den Stoffen ihren Reiz, der behandelten Materie die Seele und damit jedes Interesse.“ (Wiesb. Tagbl., Nr. 551 vom 31. 12. 18.)

Also der Glaube an eine objektive Darstellung ist ein Irrglaube und die Achtung vor der Auffassung Anderer, ferner, auf unbillige Kinder, die das Recht noch zu erlernen haben, angewandt, ist eine Phrase ohne Inhalt! Verlangt die Pädagogik mit Recht die lebendige Persönlichkeit des Lehrenden? (Wiesb. Tagbl., ebendortselbst), so verlangt die Gerechtigkeit die völlige Übermittlung dieser lebendigen Persönlichkeit mit den Grundrissen der Eltern, die das Herz ihrer Kinder, hilflos wie Vögel, dem Lehrer zum Gehörten und Formen übergeben müssen. Obige Sätze des Herrn Stadtschulrates Dr. Müller sind nicht im Interesse der Konfessionsschule geschrieben, aber man kann die Berechtigung der Konfessionsschule wohl nicht wirksamer erweisen, als wenn man sie aus den Grundrissen ihrer Gegner herleitet, wenn man sagt, wie die Gegner der Konfessionsschulen aus ihren eigenen Grundrissen die Folgerungen nicht zu ziehen wagen, aus Angst, weil die Logik sie zur Bekämpfung der Konfessionsschule zwingen würde.

Durch die Simultanpflicht, die unferes Erachtens der religiösen Erziehung der Kinder beider Konfessionen nicht förderlich ist, dürfte die religiöse Anleitung der katholischen Kinder insofern mehr beeinträchtigt werden, als die katholische Religion mehr Dogmen und reichere Liturgie aufweist und es deshalb bei den Kindern mehr der Anleitung bedarf. Diese Benachteiligung nimmt in dem Maße zu, in dem die katholischen Kinder und dementsprechend auch die katholischen Lehrer in der Minderheit sind. In der Stadt Wiesbaden werden zwei Drittel der katholischen Kinder in Volk- und Mittelschulen von nichtkatholischen Lehrkräften erzogen, während umgekehrt nur ein Drittel der evangelischen Kinder von katholischen Lehrern unterrichtet wird. Somit zum Verständnis des Gewissenskonfliktes so mancher katholischer Eltern.

Die Deutsche demokratische Partei, die mit der Wahl ihres Namens sich nicht als eine, sondern als die Verteidigerin der demokratischen Freiheit und des gleichen Rechtes für alle, ohne Unterschied des Standes und des Geschlechtes, des Berufes und des religiösen Bekenntnisses, bekennt, will, in analogie die Hauptverpflichtung des Simultanunterrichts, die wir hien mit zur Klärung der Grundfrage die Preisaufrage:

„Wie verhält sich die demokratische Freiheit mit dem Simultanunterricht?“

vom Brote sind den roten Schwämmen inzwischen auf den Lippen erstanden. Umso mehr verabschieden wir Demokratie und Freiheit. Nichts hat bisher die deutsche Nationalversammlung geleistet. Sie wählte und wählte und wählte, während die breiten Schichten einer traurigen Zukunft entgegenzogen. Spontaneität läßt sich, er eilt durch das Land und freut seine Saat aus. Der Tag der Ernte wird für ihn kommen, weil die letzte Regierung schon so lange verlagert hat. Die erste Revolution im November ist wie jede Revolution gekommen, weil der Hunger die Massen zermürbt hatte; die zweite Revolution ist unvermeidlich, wenn nicht die Herren Ebert und Scheidemann bald das bringen, was sie versprochen haben. Der unbegrenzte Wucher im Verein mit dem Aufstehen der Lebensmittelkäufer kann dem Geschwände von Freiheit über Nacht den Todesstoß versetzen.

Bei Lösung dieser Preisaufrage — beim Verlaß auf 600 A für diesen Zweck deponiert — kann das Recht des Simultanunterrichts nicht erweisen werden aus den technischen Schwierigkeiten in einzelnen kleinen Gemeinden oder bei so kleinen konfessionellen Minderheiten, daß konfessionelle Schulen unmöglich sind; in diesen Fällen handelt es sich nicht um Simultanunterricht als System; es sind Gemischnisse, die die Durchführung der Grundfrage der Freiheit verhindern, aber diese Grundfrage nicht aufheben.

Die Lösung der Preisaufrage kann auch nicht erfolgen, indem man den Beweis über den vermeintlichen Beweis bringt, daß die Simultanpflicht vor der Konfessionsschule den Vorrang verdient. Wir sind zwar bereit, auch in dieser Beziehung die Konfessionsschule zu verteidigen, allein das ist nicht die von uns gestellte Frage; unsere Frage lautet nicht: Sollen die Eltern flüchtigen, ihre Kinder in eine Simultanpflicht zu schicken oder in eine Konfessionsschule? sondern sie lautet: Wie kann man demokratische Freiheit verwirklichen und dann katholische Eltern am Gebrauche dieser Freiheit grundrechtlich hindern?

Die demokratische Partei kann diese Preisaufrage auch nicht lösen mit dem Hinweis auf das historische Recht der Simultanpflicht in Nassau. Denn die Partei, die in ihren führenden Redaktionen den Sturz des Königtums, des bedeutendsten historischen Rechtes, mitvorbereitet hat, und die als Partei den Gewissenswechsel von despotischer Königs- treue zum demokratischen Freiheitsbewußtsein vollzogen hat wie man etwa ein Alchemistat mediziert, kann am allerwenigsten sich auf historische Rechte berufen; eine Partei, die Demokratie nicht bloß Name, sondern Wesen ist, muß auch von ihrem eigenen historischen Inventar Freiheit nicht vereinbaren. Das historische Recht der nassauischen Simultanpflicht kann in seinem Ursprung und in seinem Fortbestand nur als eine freiwillige Verewaltung Andersdenkender bezeichnet werden, es entkannmt dem Geiste der Anechtung und steht zu wahrhaft demokratischen Grundrissen in förmlichem Widerspruch. Es gibt in Wiesbaden Menschen, die lediglich aus dem Grunde einem Aufstich an einen Freiheit Reichensland widerstreben, weil dadurch die nassauische Simultanpflicht gefährdet würde. Solche angestrichelten Seelen empfinden wohl, daß das historische Recht des nassauischen Simultanunterrichts kein inneres Recht ist; ihre Befürwortung ergründet wohl auch mehr diesem Bewußtsein, als der Angst vor Ebn. Und in Wirklichkeit, nicht allein, sondern die mächtige demokratische Bewegung wird, so Gott will, das historische Unrecht eines kuckenden Zwanges hinwegfegen. Wer den Simultanunterricht verteidigen will, kann es nur durch Lösung der Preisaufrage tun, was zeigen, daß der Simultanunterricht mit demokratischer Freiheit im Einklang steht.

Nur der freiwilligen Demokratie gibt es im deutschen Vaterlande auch eine christliche Demokratie, deren Grundriss die Zentrumspartei vertritt. Diefelbe führt seit ihrer Verbindung in ihrem Banner die Devise „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“. Auf dem Boden der christlichen Wahrheit lebend, billigt sie auch den nichtreligiösen Rechtsanschauungen dieselben unerschütterlichen Rechte und Freiheiten zu, die sie für sich fordert. Eine Rücksicht auf Weltanschauung vertritt sie erst demokratische Freiheit auf dem Schulgebiet, die in folgenden Grundrissen formuliert werden könnte: „Jede erziehungsfähige Volkss- und höhere Schule, die in weltlicher Beziehung den Anforderungen des Staates entspricht, ist anzuerkennen und im Bereich der Schülerzahl aus den öffentlichen Steuermitteln zu unterstützen.“ Dieser Grundriss ist demokratisch und bietet gleiches Recht allen ohne Unterschied des Standes und der Konfession. Er gibt sich eine erziehungsfähige Schule von Kindern, die nach dem Willen der Eltern religionslos erzogen werden sollen, wir werden solche Kinder bedauern, aber wir können auch in diesem Falle für Freiheit der Eltern. Er gibt sich nach diesem Grundriss der Freiheit der Eltern eine erziehungsfähige Simultanpflicht, wir erkennen sie an. Er gibt sich aber eine Konfessionsschule, so fordern wir auch für diese Erziehung und Substanz, das ist Demokratie auf dem Gebiete der Schule; das entspricht der Freiheit der Bürger und der Gerechtigkeit gegenüber den Steuerzahlern.

Wie auf wirtschaftlichem Gebiet der freie Wettbewerb ein Mittel des Fortschrittes ist, so muß es auch auf dem Gebiete des Volkslebens sein. Nicht ein gewollkammer Unterdrückung, nicht ein parlamentarischen Abstimmungen werden Weltstrafen entworfen; im wirklichen freien Wettbewerb wird auch hier das Beste und Beste stehen bleiben. Mit wirklich demokratischer Freiheit auf dem Gebiet der Schule würde mit einem Schlage der drohende Innenkonflikt beseitigt. Alle Kräfte würden zum wirtschaftlichen Aufbau gelangt werden können; das ganze Bildungswesen würde arbeiten werden. Einheit im Aufbau der Schulorganisations, Einheit im Verlaufe der weltlichen Pädagogik, aber Freiheit der Eltern in der Bestimmung der Erziehung, Freiheit in der Einheit!

Die Weidensche Republik

Die Segtr. Parlaments-Korrespondenz schreibt: „Zur Frage der Weidensche Republik hat am Montagabend eine interfraktionelle Besprechung stattgefunden. Nach längerer Aussprache wurde ein Kundgebung eingeleitet, der die Anwesenheit weiter verfolgen und etwa wünschenswert erscheinende Maßnahmen treffen soll. Eine Entschliessung der Demokraten faßt, wonach die Reichsregierung aufgefordert werden sollte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Aufführungen über die Absichten der Weidensche Republik zu erlangen und die Nationalversammlung zu einem energischen Protest gegen die Anwesenheit der Weidenschen zu veranlassen, vierstel der Ablehnung.“

Audienz von Volkswirtschaften und Amerika
Washington, 14. Febr. 800 Volkswirtschaften und andere Kapitalisten wurden aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen. 54 befinden sich gegenwärtig auf den Fids-Inseln, um nach Europa geschickt zu werden.

Die Nationalversammlung Siebente Sitzung

Weimar, 14. Febr.

Vizepräsident Hoffmann eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung. Die Wahl wird durch Stimmzettel vollzogen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben F. Als Mitglieder der Regierung gibt der Abg. Lehrenbach (Ztr.) seinen Stimmzettel ab.

Vizepräsident Hoffmann: Die Wahl hat folgendes Ergebnis: Abgegeben sind 334 Stimmen, davon gültige Stimmen 302, weiche Stimmzettel 32, die absolute Mehrheit ist also 152. Erhalten haben Abg. Lehrenbach (Ztr.) 205, Hoffmann (Dem.) 2, Dr. David (Zoa.) 1, Berges (U.Soa.) 1, Dr. Spahn (Ztr.) 1, Dr. Streifmann (Lib.) 1, Frau Heß (U.Soa.) 1 (Große Heilerkeit). Damit ist der Abg.

Lehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. (Abg. Lehrenbach: Ich nehme die Wahl an.) Dann lade ich ihn ein, den Vorsitz zu übernehmen.

Präsident Lehrenbach: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich übernehme das Amt des Präsidenten dieser Verfassungskonstituierenden deutschen Nationalversammlung mit aufrichtigem Dank für das mir durch die Wahl erwiesene Vertrauen. Ich werde bestrebt sein, wie im alten Reichstag mit persönlicher Wohlwollen gegen jedes einzelne Mitglied der Versammlung ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und mit freier sachlicher Unparteilichkeit meines Amtes zu warten, aber auch die Ordnung und die Würde des Hauses zu wahren. (Lebhafter Beifall.) Ich habe eine Pflicht des Dankes zu erfüllen, von der ich glaube, daß sie dem Empfinden der ganzen Versammlung entspricht. Die Pflicht der Anerkennung und des Dankes gegen unsere zurückgetretenen ersten Präsidenten, Dr. David, für die unerschütterliche, ausgezeichnete Leistung der Weidenschen während der abgelaufenen Woche. (Beifall.) Wir geben dann über zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung: Wahl des Vizepräsidenten.

Dieselbe vollzieht sich in der gleichen Weise wie die Wahl des Präsidenten.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Wahl des Abg. Schulz-Chorensen (Zoa.), der von 233 abgegebenen gültigen Stimmen 279 erhält, 4 Stimmen verbleiben, 4 unglücklich, darunter 3 weiche Stimmzettel. Abg. Schulz-Chorensen nimmt die Wahl an. Darauf legt die Nationalversammlung die Verfassung der Erklärung der neuen Reichsregierung vor.

Nach einer Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen, Grafen v. Zedlitz-Riesdorf, hat er ergriffen das Wort der Redeordnete Keil von den Weidenschen. Als seine kleine unterste Behörde im Reich, die schon überhaupt manche Vorden aufweisen, noch mehr, und in dem Theaterzouren, wo die Restauration untergebracht ist, einsetzte sich ein um so reineres Leben.

Nach Keil kam als erster Oppositionsredner Graf Posadowski zu Wort. Der Graf im Wort sprach mitunadsvoll wie immer. Das Verdienst seiner Rede liegt darin, daß er den Komplex der politischen Dinge, die jetzt zur Diskussion stehen, einmal von der anderen Seite beleuchtet hat. Das einseitige Verdamnungsurteil, das von den Trägern der Revolution über das alte System gefällt wird, wurde von ihm in vielfach glücklicher Weise korrigiert, wenn es ihm auch nicht gelang, dabei seinerzeit Einseitigkeit zu vermeiden. Dinter den vielfach jetzt übersehenen Mängeln des Alten traten seine schwereren Mängel etwas zu sehr in den Hintergrund. Auch in den Reihen der Weidenschen, die sich innerlich Zustimmung zu den Aussagen haben, wird er sein Bestreben nach Ausdruck über die Weidenschen Entscheidung, seine großartige Titel hindere ihn nicht, auch ein alter Demokrat zu sein. Das Haus sollte dem Redner mit Aufmerksamkeit. Die ehrwürdige Gestalt des Grafen und seine vornehme, ritterliche Mienenführung ließen keine lärmenden Gegenkundgebungen aufkommen.

Die preussische Landesversammlung

Berlin, 14. Febr. Die die „Volkliche Sta.“ aus zuverlässiger Quelle hört, ist gestern im preussischen Reichstag beschlossen worden. Die preussische Landesversammlung am 4. März einzuberufen. Außerdem haben die maßgebenden Faktoren in Preußen, besonders der Reichstag, die Absicht, auch für Preußen einen Staatspräsidenten zu wählen.

Ebert über seine Aufgaben

Berlin, 14. Febr. Reichspräsident Ebert empfing im Schloß in Weimar, wo die Regierung Wohnung genommen hat, einen Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Auf einige Fragen, die sich auf die nächsten Aufgaben des Reichspräsidenten bezogen, gab er folgende Frage und Antwort: Wie wird es sein?

1. Schreiben Sie als Reichspräsident aus der Verten aus?

Antwort: Nein. Meine Partei ist der Volk und den Weidenschen nach die Mehrheit in der neuen Koalitionsregierung. So wenig meine Parteifreunde als Staatssekretäre ihre Parteipolitik abgeben werden, so wenig werde ich es tun. Es wäre ja auch nur eine Geste ohne Inhalt, wenn nicht gar eine Verletzung. Wohl aber werde ich die Geschäfte des Reichspräsidenten so führen, daß keiner von Parteipolitik reden kann.

2. In welcher Weise werden Sie mit dem Reichspräsidenten zusammenarbeiten?

Antwort: Zur Erfüllung der großen Aufgaben, die der Reichspräsident in der nächsten Zeit an mich stellen, ist ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichsministerien, insbesondere dem Reichspräsidenten, notwendig. Die Erfüllung dieser Verantwortlichkeit erfordert dadurch, daß nach der Verfassung der Reichspräsident einen Mann seines Vertrauens mit der Führung des Reichspräsidenten betrauen hat. Sie wissen, daß ich meinen

Aus aller Welt

Einreise in den Brückenkopf Mainz

Mainz, 14. Febr. Rainer Blätter berichten: Aus Frankfurt wird gemeldet: Der Abfahrtskommandeur der letzten neutralen Zone gibt bekannt, daß die Einreise von Zivilpersonen, die vor Kriegsausbruch im beliebigen Gebiet beheimatet waren, in das Gebiet des Brückenkopfes Mainz und den westlich anschließenden Teil von den Franzosen noch immer gesperrt ist.

Aus Rheinfelden. (Zur Warnung.) In Gimbshelm wurde von der französischen Behörde ein Pöbelhändler erfaßt und festgenommen. Der Mann büßt seine Tat mit 20 Jahren Zwangsarbeit.

Bingen, 14. Febr. Heute nacht wurde in das Anwesen eines Weinändlers eingebrochen und 11 500 Korben im Gesamtwerte von 5000 Mk. gestohlen.

Koblenz. Einem hiesigen Kaufmann wurde am Donnerstag vormittag aus seiner Wohnung eine Kassetten mit mehr als 240 000 Mark Inhalt gestohlen. Der Täter ist flüchtig.

Trier. Mehr die Erlöse eines erst Jahre alten Kriegsbüchleins wird der „Rhein. Volkszeitung“ geschenkt: Der am 14. Januar 1908 zu Warlich in Ostpreußen geborene Leo Haller hat als junger Soldat zwei Jahre an der Front gekämpft. In Warlich erlebte er die ersten Schrecken des Krieges.

Das aber muß das für die so dringend nötige Einfuhr bedeuten? Wenn die deutsche Wirt in Auslande nur noch die Hälfte ihres früheren Wertes hat, so müssen wir alle eingeführten Waren doppelt so hoch bezahlen, wie der Hersteller ist.

Die Lage ändert sich in dem Augenblick, in welchem wir genügend Gold und vor allem genügend Waren zur Einfuhr bereit haben. Die Goldausfuhr ist an sehr enge Grenzen gebunden.

Reklamationen wegen der Zustellung der „Rheinischen Volkszeitung“ bitten wir immer sofort persönlich oder per Postkarte zu erklären in der Redaktion, Friedrichstraße 30, hinzubringen.

weilen. Kojel hat sich sehr um ihn gekümmert, weil sie Schiffe in der Nacht gehört hat. Da muß es heißen, Großvater.

„Barum soll ich das wissen?“ „Du siehst mehr in den Menschen als andere.“

„Was hätte es auf sich, wenn der alte Franze wirklich ein Schmuggler wäre, wofür ich keine Beweise habe?“

„O Gott!“ röhnte Sepp. „Großvater, Kojel und ich haben uns gestern Abend versprochen.“

„Na — und?“

„Wenn Sie eines Schmugglers Kind wäre? Das darf nicht sein! Du wädest es nimmer ausgeben! Die Schande, wenn er als Schmuggler erwiesen würde?“

„Und wenn er nicht erwiesen würde?“

Sepp ließ den Kopf hängen. Was sollte er auf diese schwerwiegende Frage antworten? Sollte er sagen, daß er dann keine Bedenken trage?

„Sie kamen an einem Holzschlag, dessen Säume langgestreckt an der Erde lagen.“

„Schauen her! Ihr grabt mir die ersten drei Stöße aus!“

Vater Gottlieb selbst nahm das Bandmaß und berechnete die Raumweite der geschlagenen Böden, wobei ihm Sepp diese leisten mußte. Weiter trugen seines Enkelsohnes schnitt er mit einem botanischen „Stil!“ ab.

Zum Frühstück setzten sie sich alle auf einen Baumstamm und verzehrten die mächtigen Brote, die ihnen mitgegeben worden waren. Unhöfliche Gespräche wurden nicht geführt, höchstens durfte über die noch zu leistende Arbeit gesprochen werden.

Der Baron befand sich nach seiner Meinung in einer eiligen Lage. Die ungewohnte Arbeit trieb ihm den Schweiß aus allen Poren. Er wurde müde. Vor den Augen dunkelten ihm bald verschwommene Nebel. Er drückte ungeschicklich vor Ermattung.

„Heinrich, Sie haun daneben! A bissel auffgepaßt!“ brummte der alte Knecht.

„Heinrich, schloegen Sie mir nich a Schödel mit Ihrem Gesicht ein!“

Der Baron riß sich zusammen. Vor diesen einfachen Worten wollte er sich nicht blödschellen. (Fortsetzung folgt.)

+ Zollmauern der Währung

Vor dem Kriege ist ein großer Kampf gewesen um die Bedeutung der Währ. Ihre Gegner schätzten in den größten Dingen die preiswerteste Wirkung der Währ. und ihre Verfechter die Wichtigkeit der Währ. als Schutzwehr gegen die Währ. Die Währ. der freien Weltwirtschaft. Die Währ. der freien Weltwirtschaft. Die Währ. der freien Weltwirtschaft.

Ausfahrungen in Hamburg

Hamburg, 13. Febr. Als gestern nachmittag die in Wilhelmshagen wegen Plünderung des Güterbahnhofes verhafteten Personen im Automobil nach Hamburg gebracht werden sollten, kam es zu wilden Ausschreitungen.

Der Fernspreverkehr in Düsseldorf

Düsseldorf, 14. Febr. Die nun schon seit einer Woche bestehende gänzliche Sperrung des Fernspreverkehrs bildet eine höchst gefährliche Gefahr für die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung der Stadt und führt bei längerem Anhalten, was infolge der fortgesetzten Weigerung des Arbeiterrates, seine Beauftragten aus dem Fernsprechamt zurückzuführen, zu erwarten ist.

Darmstadt. Bei der Gründung der Hessischen Volkshammer

Darmstadt. Bei der Gründung der Hessischen Volkshammer verlas der Präsident u. a. folgendes Gedenkschreiben des Großherzogs: Darmstadt, 12. Februar 1919. Sehr geehrter Herr Ulrich! Die Gründung der Hessischen Volkshammer am morgigen Tage ist mit der Verwirklichung der hessischen Volkshammer eine wichtige Arbeit zum Nutzen unseres Vaterlandes anzusehen.

Barthelemy Scheidemann mit der Kabinettbildung betraut habe. Ein so gebildetes Kabinett wird zweifellos das Vertrauen der Nationalversammlung finden, die den Reichspräsidenten gewählt hat.

Eisner und die Presse

München, 13. Febr. (W. V.) Heute vormittag begann der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Bald nach Eröffnung der Sitzung nahm auch der Ministerpräsident Eisner an der Tagesordnung das Wort, um, wie er sagte, eine bedeutende Erklärung zu machen.

Pöbelherrschaft in Duisburg

Duisburg, 13. Febr. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr zogen etwa tausend ausfallende Arbeiter vor das Rathaus, um gegen den Beschluß der Stadterwerbsverammlung, der Erhebung eines fünften Quartals der Steuer, Einspruch zu erheben.

Die Gottliebshäuser

Roman von Konrad Urban

2. Nachdruck verboten.

Nachhauer, wolkenloser Morgenhimmel. Die Täler waren erfüllt von einem dichten, frohdulden Nebelmeer.

Und darüber das sarte Glitzern der ersten Sonnenstrahlen.

Die kleinen Sturzbäche, die in der Nacht das polternde Regenwasser hinunter in die Gräben gefahren hatten, waren bereits versiegt. Unschöne Berle schimmerten an den Dalmen der Äcker.

Die kleinen Sturzbäche, die in der Nacht das polternde Regenwasser hinunter in die Gräben gefahren hatten, waren bereits versiegt. Unschöne Berle schimmerten an den Dalmen der Äcker.

„Ja, was denn? Was fürchtet du denn da? Gewiß haben die Finanzen wieder Schmuggler erwischt. Was geht das uns an?“

„Rein, nein! Nichts! Aber —“

„So sprach doch! Was ist denn geschehen?“

„Rein, nein! Ich weiß nichts davon! Aber ich habe eine sourchbare Angst!“

„Was hast du, Kojel? — Was ist vorgefallen?“

„Ich ängste mich! Großvater ist nicht da!“

„Er geht doch öfters frühzeitig los! Wird schon wiederkommen! Ist hier gar Kojel unten in Schahat? Oder hat er sich nach Johannishaus verschrieben?“

„Das ist's eben! Nichts hat er gesagt!“

„Dast du ihn nicht fortgehen hören?“

„Er war nicht daheim, als ich gestern brau-schlafen ging. Er wird doch nicht in dem huch-baren Wetter losgezogen sein?“

„Dein Großvater fürchtet weder Tod noch Teufel! Dast doch sonst nicht solche Angst um ihn.“

„Ach, Sepp!“ Sie wollte etwas sagen, aber das Wort erstarb ihr auf den Lippen.

Sepp betrachtete sie. Der alte Franze war schon so oft weggegangen bei Nacht, war tige-lang nicht wiedergekommen, doch nie hatte sich Kojel darüber aufgeregt. Barum heute?

„Dein Großvater kennt jeden Sieg und Weh, um ihn brauchst du dich nicht zu ängsten! Kann auch das alles nicht sein! Ist dir was begeben?“

„Rein, nein! Nichts! Aber —“

„So sprach doch! Was ist denn geschehen?“

vollständig in Anspruch nahm, das war Kojel. Alle anderen blieben ihm mehr oder weniger gleichgültig.

„Er wird schon wiederkommen! Wir müssen jetzt an die Arbeit! Der Großvater steht schon vor der Tür.“

Kojel schritt hinüber zu den Ställen, vor denen die Wägen warteten, die Wägen und unter ihnen die Stadthamer, eine wie die andere mit der Beste in der Hand. Meltsame Bauerntracht hatten sie angelegt, nicht solche, wie man sie am Festschlagsballe schneidert, sondern richte, grobe Mittel. Und die Herren brachten mit Senfen, Karren, Ketten und Beilen auf zur Arbeit.

In Lebertöfen, demsämeln, einen breiten Strohhut auf, unterschieden sie sich nicht merklich von den Bauernmächten. Vater Gottlieb verteilte die Arbeit. Diese mußten die vom Wetter zerfetzten Wege in Ordnung bringen, dann erst arbeiteten vorzunehmen, er selbst, Sepp und einige besonders Auserwählte zogen in den Wald, Stöße zu roden.

Zu dieser Gruppe gehörte der Baron Feiden. „Spätschaber will ich mal den Unfug mitmachen!“ hatte er entschuldigend zu den anderen Sommergästen gesagt. „Sie scheinen dem pü-figen Bauer auch eine billige Dienstadt abzuziehen?“ meinte er noch zu Fräulein Schaller.

„Wenn ich im Winter der Welt dienen soll, muß ich im Sommer für mich sorgen können! Drum ist's Ihnen ein ungewöhnlicher Akt, morgen werden Sie die Steine rumschleppen, aber in einer Woche freuen Sie sich über die neue Feldeneulle auf diesem kleinen Theater! Wenn es Ihnen in den ersten Tagen schwerer ankommt, so denken Sie nur daran, daß Ihnen Ihre Rolle auf dem Welttheater auch nicht gefallen hat!“

Die Wägen gingen in den Stall, in denen die holländischen Kühe brüllten; Vater Gottlieb, Sepp und die Dotschhader wanderten schweigend in den Wald.

„Großvater, ist der alte Franze ein Schmuggler?“ fragte Sepp unvermittelt nach einer Weile.

„Barum?“

„Er ist vergangene Nacht nicht daheim gewesen.“

